

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>
https://twitter.com/AI_El_Salvador
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



21. September 2020

AMERIKAS: REGIERUNGEN VERWANDELN STAATLICH ANGEORDNETE QUARANTÄNE IN EINE FORM DER REPRESSION

Seit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie im März hielten die Regierungen in Venezuela, El Salvador und Paraguay Zehntausende von Menschen in unzulänglichen staatlichen Quarantänestationen fest, ohne ausreichenden Schutz vor Menschenrechtsverletzungen. Dies könnte eine Form von Misshandlung darstellen und die Gefahr in sich bergen, dass diese Verhaftungen willkürlich werden, so Amnesty International in einem neuen, heute veröffentlichten Bericht.

Der Bericht „Wenn Schutz zu Repression wird: Obligatorische Quarantänen nach COVID-19 in Amerika“ ([When protection becomes repression: Mandatory quarantines under COVID-19 in the Americas](#)) dokumentiert, wie die Regierungen in drei Ländern Migrant*innen, Flüchtlinge, Rückkehrer*innen in ihre Herkunftsländer und einkommensschwache Gruppierungen unverhältnismäßig oft unter unhygienischen und manchmal unmenschlichen Bedingungen ohne angemessene Nahrung, Wasser und medizinische Versorgung in staatlichen Quarantänestationen festgehalten haben, was einer Misshandlung gleichkommen kann. Die entsetzlichen Bedingungen [in diesen Quarantänestationen] machen sie zu widersinnigen Orten, an denen Menschen Gefahr laufen, sich mit COVID-19 zu infizieren.

"In vielen Teilen der Welt haben die Regierungen die Menschen aufgefordert, zu Hause zu bleiben oder sich freiwillig in Quarantäne zu begeben, um das Risiko der Ansteckung mit COVID-19 zu mindern. Aber wenn Staaten Zehntausende von Menschen einsperren, ohne sicherzustellen, dass jede Inhaftierung notwendig und verhältnismäßig ist, wenn sie sie unter entsetzlichen Bedingungen unter militärischer oder polizeilicher Aufsicht festhalten und diskriminieren oder die Quarantäne als Bestrafung einsetzen, dann verwandeln sie eine Intervention im Bereich der öffentlichen Gesundheit in eine strafende und repressive Taktik", sagte Erika Guevara-Rosas, Amerika-Direktorin bei Amnesty International.

Bis Ende August haben die venezolanischen Behörden nach Angaben der Regierung etwa 90.000 Venezolaner*innen zwangsweise unter Quarantäne gestellt, als sie wegen des Verlustes ihrer Arbeitsplätze und Wohnungen in Nachbarländern wie Kolumbien und Peru nach Hause zurückkehrten, wo sie in unhygienische und manchmal unmenschliche Quarantänestationen unter militärischer Kontrolle geschickt wurden.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



„Wenn Staaten Zehntausende von Menschen einsperren, ohne sicherzustellen, dass jede Inhaftierung notwendig und verhältnismäßig ist, wenn sie sie unter entsetzlichen Bedingungen unter militärischer oder polizeilicher Aufsicht festhalten und diskriminieren oder die Quarantäne als Bestrafung einsetzen, dann verwandeln sie eine Intervention im Bereich der öffentlichen Gesundheit in eine strafende und repressive Taktik.“

Erika Guevara-Rosasas, Amerika-Direktorin bei Amnesty International

Während El Salvador und Paraguay ihre staatlichen Quarantäne-Einrichtungen bis Ende August weitgehend geschlossen oder in ihrem Umfang reduziert haben, hatte die Regierung von Präsident Bukele bereits mehr als 16.000 Menschen unter Quarantäne gestellt. Darunter waren auch Personen, die beschuldigt wurden, die obligatorische nationale Ausgangssperre gebrochen zu haben, Personen, die aus Übersee zurückgekehrt waren, oder Personen, die verdächtigt wurden, mit Personen in Kontakt gestanden zu haben, die positiv auf COVID-19 getestet worden waren. Bis Ende Juni hatten die Behörden in Paraguay ebenfalls rund 8.000 Personen unter Quarantäne gestellt, hauptsächlich Paraguayer*innen, die ins Land zurückgekehrt waren, nachdem sie ihre Arbeit im informellen Sektor des benachbarten Brasiliens verloren hatten, als dort COVID-19-Sperren verhängt wurden.

Amnesty International überprüfte und verifizierte Dutzende von Videos, die in sozialen Medien verfügbar waren oder direkt an die Organisation geschickt wurden, meist von Menschen gefilmt, die in vorgeschriebenen Quarantänezentren wie Lagerhäusern, Sportstadien und anderen Einrichtungen untergebracht waren und die die Bedingungen beschrieben, unter denen sie festgehalten wurden. Darüber hinaus führte Amnesty International 14 Telefoninterviews durch, überprüfte Dutzende von neu verabschiedeten Gesetzen, Richtlinien und Protokollen im Zusammenhang mit den Ausgangssperren und der Durchführung der obligatorischen Quarantäne, sowie Gerichtsdokumente und Berichte unabhängiger Beobachter*innen und Journalist*innen.

Die Organisation erhielt aus allen drei Ländern Informationen darüber, dass Menschen oft weit über die derzeit von der WHO [Weltgesundheitsorganisation] empfohlenen 14 Tage hinaus in Quarantäne gehalten wurden, manchmal sogar länger als einen Monat. Die in Quarantäne gehaltenen Personen hatten keinen ausreichenden Zugang zu Informationen darüber, wie lange sie inhaftiert sein würden, oder zu den wissenschaftlichen Kriterien, die zu einem bestimmten Zeitpunkt zur Bestimmung ihrer Entlassung aus der Quarantäne oder Isolation herangezogen würden. Dies entspricht einer Verletzung ihres Rechts auf Information und der Vorschrift gemäß internationalen Menschenrechtsrechtsgesetzen, dass jeder Freiheitsentzug, auch wenn er dem Schutz der öffentlichen Gesundheit dient, gesetzlich vorgesehen und notwendig, verhältnismäßig und zeitlich begrenzt sein muss.

Regierungen sollten Menschen nur dann in staatlichen Gewahrsam nehmen, wenn alternative, weniger invasive Maßnahmen wie z.B. freiwillige Quarantänemaßnahmen und Aufklärungskampagnen gescheitert sind. Wenn sie Menschen zwangsweise unter Quarantäne stellen, müssen sie angemessene Bedingungen schaffen, vor Menschenrechtsverletzungen schützen und sicherstellen, dass Quarantänen nicht diskriminierend gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen eingesetzt werden.

"Auch wenn die Regierungen schnell auf eine beispiellose Pandemie reagieren mussten, stellte Amnesty International fest, dass die Umsetzung staatlich verordneter



Zwangsquarantänen durch Willkür in Verbindung mit polizeilicher und militärischer Machtdurchsetzung bestimmt war", sagte Erika Guevara-Rosas.

"Anstatt die entsprechenden Bedingungen und Garantien gegen Menschenrechtsverletzungen zu schaffen, haben die Regierungen insbesondere in Venezuela und El Salvador eine Intervention des öffentlichen Gesundheitswesens in eine Strafmaßnahme umgewandelt, die sich unverhältnismäßig stark auf einkommensschwache Bevölkerungsgruppen sowie auf Flüchtlinge und Migrant*innen ausgewirkt hat, die in ihre Herkunftsländer zurückkehrten."

In El Salvador zum Beispiel warnte der Justiz- und Sicherheitsminister im April davor, dass Menschen, die die nationale Ausgangssperre mißachteten, in einem Eindämmungszentrum untergebracht werden würden, "weit weg von ihren Familien und mit dem Risiko, sich in diesen Quarantänezentren ebenfalls mit dem Virus anzustecken". Dies deutete darauf hin, dass die Quarantäne als Strafe angesehen wurde und dass sich die Behörden voll und ganz bewusst waren, dass die Zentren nicht über die geeigneten Standards zur Verhinderung einer Ansteckung verfügten.

"Ich würde das alles gerne vergessen, aber ich kann es nicht", sagte Ana Cristina zu Amnesty International, nachdem sie beschrieben hatte, wie sie 40 Tage lang auf einer schmutzigen Matratze auf dem Boden in einer Quarantäneeinrichtung in El Salvador geschlafen hatte. Mitte April wurde sie von der Polizei dorthin gebracht, die sie beschuldigte, die nationale Ausgangssperre gebrochen zu haben, als sie Lebensmittel und Medikamente kaufen wollte, eine Tätigkeit, die als wesentlich erachtet wurde und zur Zeit ihrer Inhaftierung erlaubt war.

Das offenkundig beunruhigendste Beispiel für staatlich geförderte Kampagnen der Stigmatisierung und Diskriminierung kommt aus Venezuela. In den letzten Monaten mussten alle zurückkommenden Venezolaner*innen zwangsweise in Quarantäneeinrichtungen. Gleichzeitig beschrieben hochrangige Beamte der Regierung von Präsident Nicolás Maduro die aus Kolumbien zurückkehrenden venezolanischen Flüchtlinge als "biologische Waffen", die geschickt worden seien, um die in Venezuela lebenden Menschen zu infizieren. Hochrangige Beamte haben die Rückkehrer*innen auch als "Verräter*innen" bezeichnet.

"Auch wenn die Regierungen schnell auf eine beispiellose Pandemie reagieren mussten, stellte Amnesty International fest, dass die Umsetzung staatlich verordneter Zwangsquarantänen durch Willkür in Verbindung mit polizeilicher und militärischer Machtdurchsetzung bestimmt war."

Erika Guevara-Rosas, Amerika-Direktorin bei Amnesty International

Diese Erzählung basiert auf den vermeintlichen politischen Ansichten der zurückkehrenden Venezolaner*innen und ihrer bewussten Assoziierung mit COVID-19 in Verbindung mit ihrer automatischen Einweisung in staatliche Zwangsquarantänen. Sie weckt Befürchtungen, dass ihr Freiheitsentzug diskriminierend und willkürlich war.

Amnesty International ruft Regierungen, die Menschen aus Gründen der öffentlichen Gesundheit in staatlichen Quarantänezentren inhaftieren, dazu auf, humanitären Organisationen und unabhängigen Menschenrechtsbeobachtern unverzüglich Zugang zu diesen Zentren zu gewähren, damit sie die Bedingungen überwachen, einen Schutz vor Misshandlungen bilden und dringend benötigte Vorräte wie Wasser, Lebensmittel und anderes bereitstellen können, um internationale Menschenrechtsverpflichtungen und die WHO-Richtlinien für Quarantäneeinrichtungen einzuhalten.



Die Regierungen müssen auch unbefristete Inhaftierungen verhindern. Sie müssen dafür sorgen, dass die Fristen für die obligatorische Quarantäne und Isolierung auf die erforderliche Mindestdauer begrenzt werden, die sich aus den sich entwickelnden wissenschaftlichen Erkenntnissen und bewährten Verfahren ergeben. Die Festgehaltenen müssen klare Informationen über die Dauer und den Verlauf ihrer Inhaftierung erhalten.

Da die COVID-19-Pandemie andauert und Länder in ganz Amerika mit der Möglichkeit wiederholter Ausgangssperren rechnen müssen, unterstreicht diese erste Untersuchung über staatliche Quarantänemaßnahmen die Notwendigkeit, dass die Behörden bei der Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit auf Zwangsmaßnahmen, Strafen und Diskriminierungen verzichten müssen.

"Wir wissen von anderen Pandemien, dass strafende Maßnahmen die Bevölkerung nicht schützen und dass die Assoziierung bestimmter Bevölkerungsgruppen mit einem Virus nur zu Stigmatisierung und Diskriminierung führt. Stattdessen haben sich in der Vergangenheit menschenrechtsbasierte Ansätze, die den Menschen das Wissen vermitteln, das sie brauchen, um ihre eigene Gesundheit zu schützen, und sie mit den Ressourcen und der Unterstützung ausstatten, die sie benötigen, um freiwillige Maßnahmen einzuhalten, als wesentlich wirksamer erwiesen", sagte Erika Guevara-Rosas.

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe
Verbindlich ist das englische Original:

Americas: Authorities convert state-run quarantines into form of repression

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/09/americas-state-run-quarantines-form-repression/>

Den hier erwähnten vollständigen Bericht finden Sie in Englisch oder Spanisch hier:

Americas: When protection becomes repression: Mandatory quarantines under COVID-19 in the Americas

<https://www.amnesty.org/en/documents/amr01/2991/2020/en/>

